

ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie



Anti-Atom-Großdemonstration in Berlin, 5. September 2009: 50.000 vor dem Brandenburger Tor. Foto: Jakob Huber

Jetzt lassen wir nicht mehr locker

Berlin war ein großer Erfolg. Doch entschieden wird nach der Wahl.

Mehr als 50.000 AtomkraftgegnerInnen demonstrierten am 5.9. in Berlin für einen wirklichen Ausstieg. Sogar die Polizei bestätigte am Ende des Tages diese Zahl. Dazu waren 365 Trecker, größtenteils aus dem Wendland, bunt geschmückt in der Hauptstadt aufgefahren. Das war die größte Anti-Atom-Demonstration seit dem Tschernobyl-Jahr 1986. Selten habe ich TeilnehmerInnen einer solchen, manchmal etwas abschätzig als „Latsch-demo“ bezeichneten, Protestveranstaltung derart gut gelaunt erlebt.

Das Signal von Berlin ist eindeutig: Die Anti-Atom-Bewegung ist wieder da. Sie geht durch alle Generationen, hat Bündnispartner quer durch die Gesellschaft in Kirchen, Gewerkschaften und den Wirtschaftsverbänden der Erneuerbaren Energien. Und sie ist unabhängig

von Parteien, denn es ist klar, dass alleine das Verhindern einer schwarz-gelben Bundesregierung am 27. September nicht ausreichen wird, damit die Atomkraftwerke endlich stillgelegt werden.

Wir bleiben am Ball

Kommt es nicht zu Schwarz-Gelb, dann wird eine lagerübergreifende Koalition die nächste Bundesregierung stellen, mit allen Unwägbarkeiten der Koalitionsverhandlungen. Erinnern wir uns nur an die SPD-Kampagne gegen die „Merkelsteuer“ im Bundestagswahlkampf 2005. Hinterher hat die SPD dann gemeinsam mit CDU/CSU die Mehrwertsteuer um sogar drei Prozentpunkte erhöht.

Damit etwas Ähnliches in der Atompolitik nicht passiert, ist es notwendig, dass wir jetzt am Ball bleiben. Und alle

Rückmeldungen, die wir bei .ausgestrahlt nach der Demonstration in Berlin bekommen haben, sagen uns genau das: Unzählige sind aufgewacht und denken gar nicht

weiter auf Seite 2 →

Liebe Freundinnen und Freunde,

ehrlich gesagt waren wir nach der Anti-Atom-Großdemonstration in Berlin eigentlich urlaubsreif. Aber da wir Euch schon seit Monaten erzählen, dass es nicht nur auf die Demo ankommt, sondern auch auf die Aktionen nach der Wahl, nehmen wir das selbst natürlich auch sehr ernst.

Also: Urlaub musste warten, erst mal war dieser Rundbrief dran und die Vorbereitung der kommenden Aktionen (Seiten 12-13). Wir hoffen, Ihr seid dabei!

Das .ausgestrahlt-Team

Fortsetzung von Seite 1

darán, nach dem unheimlich motivierenden Erlebnis vom 5.9. nun die Hände in den Schoß zu legen.

Die Anti-AKW-Bewegung 2009 ist eine bunte, fröhliche und vor allem erfolgshungrige Bewegung. Zehn Jahre lang gibt es den Atomausstieg nun auf dem Papier. Jetzt muss er endlich umgesetzt werden! Da lassen wir nicht mehr locker.

Den Anstoß für die Berliner Demonstration gaben die Bäuerinnen und Bauern aus dem Wendland, die Anfang des Jahres beschlossen hatten, 30 Jahre nach ihrem legendären Hannover-Treck erneut auf die Reise zu gehen, diesmal in die Hauptstadt. Ein Teil des Trecks war eine Woche lang unterwegs, besuchte auf der Fahrt nach Berlin die anderen Endlagerstandorte Schacht Konrad, Asse und Morsleben. Teilweise glich der Treck einem Triumphzug, bejubelt von den Menschen am Straßenrand und überall freundlich aufgenommen. Tag für Tag kamen mehr Traktoren dazu, an die 100 Fahrzeugewaren es zum Schluss. In Berlin, am Vorabend der



Foto: Andreas Conradt/PubliXviewinG

bar.“ Noch während des Berlin-Trecks, 2009, erklärt Bundesumweltminister Sigmund Gabriel (SPD): „Das Endlagerprojekt Gorleben ist politisch tot.“ Der Unterschied: Albrecht konnte mit seinem Nein die WAA in Gorleben blockieren. Gabriel dagegen kann das Endlager nicht alleine stoppen.

Trotzdem steht das Projekt auf der Kippe. Drei Faktoren spielen dabei eine Rolle: 1. Die direkte Einflussnahme der Kohl-Regierung 1983 auf ein kritisches Gutachten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt konnte jetzt anhand aufgetauchter Akten bewiesen werden. Zweifel an Gorleben waren auf politischen Druck hin aus der Expertise gestrichen worden. 2. Es wurde bekannt, dass die Verträge vieler Grundeigentümer, die bisher die Erkundung des Salzstocks ermöglichen, nur noch bis zum Jahr 2015 laufen. Viele der Betroffenen sind inzwischen AtomkraftgegnerInnen und werden kaum zu einer Verlängerung zu überreden sein. 3. Der seit 32 Jahren lebendige Widerstand im Wendland ist einfach nicht klein zu kriegen. (Mehr zu den Problemen in Gorleben siehe Seite 11.)

Das Kartenhaus von der angeblichen Eignung des Salzstocks Gorleben wackelt, eingestürzt ist es noch nicht. Entscheiden wird auch hier die nächste Bundesregierung. Wesentlich wird sein, wie sich die öffentliche Debatte in den kommenden Wochen entwickelt. Die Dinge sind in Bewegung geraten: SPD und Grüne etwa haben zwar bisher schon einen Vergleich verschiedener Standorte gefordert, wollten Gorleben dabei aber stets mit im Rennen lassen. Jetzt, nach den aufgedeckten Lügen, rücken sie davon ab: Gorleben soll nicht mehr mit dabei sein.

Selbst Union und FDP können sich inzwischen einer vergleichenden Suche immer weniger entziehen.

Atomausstieg heißt Abschalten

Auch in der Debatte um die AKW-Laufzeiten macht sich die Stimmung der Bevölkerung im Wahlkampf bemerkbar. Grüne und SPD überbieten sich mit Zahlen, wie viele AKW sie nach der Wahl angeblich stilllegen wollen. Union und FDP halten noch dagegen. Aber wie es nach der Wahl wirklich kommt, ist schwer zu sagen. Das aktuelle Atomgesetz, das den sogenannten Atomkonsens umsetzt, den die rot-grüne Bundesregierung und die Stromkonzerne 2000 ausgehandelt haben, lässt den AKW-Betreibern weiterhin viele Schlupflöcher (siehe Interview Seite 3 und Orakel Seite 6-7).

Es ist also entscheidend, dass wir AtomkraftgegnerInnen uns auch bei einer Regierungsbeteiligung von SPD und/oder Grünen nicht darauf verlassen, dass alles seinen Gang geht. Nur wenn das Atomgesetz verschärft wird, wird es in den nächsten Jahren wirklich zu einer relevanten Zahl von Reaktorschließungen kommen. So wie 2005, als es nach den Koalitionsverhandlungen hieß, es bleibe beim Atomausstieg, und dann trotzdem in vier Jahren kein einziges AKW vom Netz ging, so lassen wir uns nicht mehr abspeisen!

Der Treck nach Berlin und die Demonstration in der Hauptstadt waren ein großartiger Erfolg. Doch die eigentliche Entscheidung steht noch bevor. Die müssen wir in den nächsten Wochen erstreiten. Wenn Engagement gegen die Nutzung der Atomenergie besonders lohnenswert ist, dann in diesen Tagen! Es liegt in unserer Hand. *Jochen Stay*

„Nur die Zahlen verändern“

Gerhard Roller, Spezialist für Atomrecht, über die Schlupflöcher des Atomgesetzes und die Möglichkeiten, den Atomausstieg zu unterlaufen oder zu beschleunigen

Nach neun Jahren erst zwei von 19 AKW vom Netz: Wie verlässlich ist der Atomausstieg?

GERHARD ROLLER: Der „Atomkonsens“ selbst ist nur ein Gentlemen's Agreement, entscheidend ist das Atomgesetz. In das sind die Regelungen des „Konsens“ eingeflossen. Aber ein Gesetz ist niemals für die Ewigkeit gemacht.

Eine neue Bundesregierung könnte also den Atomausstieg verändern?

Sie könnte ihn verlangsamen oder beschleunigen oder aus dem Ausstieg wieder aussteigen. Aber nur in gewissem Umfang: Anlagen, die einmal abgeschaltet sind, können kaum wieder ans Netz genommen werden. Das geht technisch nicht.

Die Demo in Berlin hat gezeigt, wie stark die Anti-Atom-Bewegung noch immer ist. Wer den Atomausstieg aufweichen will, dürfte also nach unauffälligen Wegen suchen. Welche Schlupflöcher bietet das Atomgesetz?

Es gibt Stellschrauben, an denen man drehen kann. Das heißt, man muss nicht unbedingt eine sehr große Veränderung vornehmen. Die Restlaufzeiten etwa sind ja in Form von Stromkontingenten für die einzelnen Reaktoren festgelegt, und die stehen in einem Anhang zum Gesetz. Es würde daher ausreichen, diesen Anhang zu verändern. Für die viel diskutierte Laufzeitverlängerung etwa bräuchte man nur die Zahlen darin zu erhöhen.

Um die Abschaltung weiterer AKW zu verhindern, haben deren Betreiber bisher versucht, Laufzeiten von neueren auf ältere Anlagen zu übertragen.

Die rechtlichen Voraussetzungen dieser Übertragung sind umstritten. Das Bundesumweltministerium hat diese Anträge bisher auch nicht genehmigt. Eine neue Regierung könnte den Grundsatz „Strommengenübertragung nur von älteren auf neuere Reaktoren“ jedoch aufweichen.

Einige Parteien und Verbände fordern, besonders unsichere AKW schneller stillzulegen. Ist das realistisch?

Die Atomaufsicht muss einschreiten, wenn es Sicherheitsprobleme gibt, das gilt unabhängig vom Ausstieg. Und das Atomgesetz bietet schon immer die Möglichkeit, ein AKW, das gravierende Sicherheitsmängel aufweist, stillzulegen. In einem solchen Fall kann die Betriebsgenehmigung nach §17 widerrufen werden. Aber das ist ein schwieriger Weg. In der Praxis ist dieser Paragraph noch nie zur Anwendung gekommen.

Was passiert nach einer Zwangsstillegung, wie sie nun etwa für das AKW Krümmel diskutiert wird, mit den verbliebenen Stromkontingenten?

Wenn eine Betriebsgenehmigung entzogen wird, dann verfallen die Elektrizitätsmengen. Nur bei einer freiwilligen Stilllegung durch den Betreiber können die Strommengen übertragen werden.

Und wenn der AKW-Betreiber einer behördlich erzwungenen Stilllegung mit einer „freiwilligen“ zuvorkommt?

Dem derzeitigen Atomgesetz zufolge dürfte er die verbliebenen Stromkontingente dann frei auf andere Anlagen übertragen.

Auch auf ältere Reaktoren?

Ja. Ein freiwilliges Aus für das AKW Krümmel könnte also andere Reaktoren viele Jahre vor der Abschaltung bewahren.

Stellschrauben lassen sich meist in zwei Richtungen drehen. Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es denn, den Atomausstieg zu beschleunigen?

Da ist vieles möglich. Genauso wie man die Stromkontingente erhöhen kann, um die Laufzeiten zu verlängern, kann man sie auch verringern. Dann müssten die Reaktoren früher abgeschaltet werden. Das ist aus meiner Sicht auch der sinnvollste Weg, um eine schnellere Abschaltung der ältesten und damit unsichersten Reaktoren zu erreichen.

Prof. Dr. jur. Gerhard Roller, 49, ist Experte für Atom-, Umwelt- und Verfassungsrecht. Er ist Lehrstuhlinhaber an der FH Bingen und Leiter des dortigen Institute for Environmental Studies and Applied Research.



Foto: privat

Könnte man Atomkraft nicht auch ökonomisch unattraktiver machen?

Auch das ist möglich. Etwa mit einer realistischen Haftpflichtversicherung, einer Steuer auf Uran, einer Überführung der milliardenschweren steuerfreien Entsorgungsrückstellungen der Konzerne in einen öffentlich-rechtlichen Fonds.

Im Atomkonsens hat die Bundesregierung aber zugesichert, dass sie von für die Stromkonzerne nachteiligen Gesetzesänderungen Abstand nimmt.

Erstens haben die Betreiber sich von diesem „Konsens“ längst gelöst. Sie legen das Gesetz in einer Weise aus, wie es dem Geist des Atomkonsens nicht entsprochen hat – etwa mit ihren Anträgen, Stromkontingente von neueren auf ältere Anlagen zu übertragen und Stillstandszeiten bewusst zu verlängern, um über die Legislaturperiode hinwegzukommen. Vor diesem Hintergrund verliert der Konsens auch an politischer Bindungswirkung. Im Übrigen ist der Gesetzgeber rechtlich nicht an diese Vereinbarung gebunden.

Besteht nicht die Gefahr, dass die AKW-Betreiber gegen strengere Regeln klagen?

Doch. Aber die Chancen, dass sie gewinnen, sind meiner Ansicht nach eher gering, sofern die Regelungen insgesamt verhältnismäßig bleiben. Das geltende Atomgesetz hat die Anliegen der Betreiber in sehr ausgiebiger Weise berücksichtigt. Und insbesondere die älteren Anlagen genießen nur noch in sehr geringem Umfang Bestandsschutz. Insofern ist es auch verfassungsrechtlich durchaus möglich, den Ausstieg zu beschleunigen.

■ Interview: Armin Simon

ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie

ausgestrahlt ist eine Mitmach-Kampagne. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen. Wir machen Aktionsangebote, die jede und jeder umsetzen kann, und stellen Materialien und Hintergrundinfos zur Verfügung. Schau auf www.ausgestrahlt.de. Abonniere kostenlos den E-Mail-Newsletter. Mach mit!

Großdemonstration, stießen dann noch mal weitere 270 Trecker aus dem Wendland dazu, die morgens in Lüchow gestartet waren. Einige besonders alte und langsame Exemplare fuhren auf Tiefladern und Anhängern mit.

Gorleben auf der Kippe

Geschichte wiederhole sich nicht, heißt es ja oft. Doch jetzt ist Erstaunliches passiert: 1979, nach dem Hannover-Treck, erklärte der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU): „Die atomare Wiederaufarbeitungsanlage ist in Gorleben politisch nicht durchsetz-

Anti-Atom-Kurzmeldungen

Anti-Atom-Demo schlägt Wellen in Polen

Die polnische Grenzstadt Gryfino an der Oder hat sich um den Bau eines AKW beworben. Nach der großen Anti-Atom-Demo in Berlin übte Bürgermeister Henryk Pilat den Rückzug. „Angesichts der heftigen Proteste in Deutschland hat es keinen Sinn, weiter darüber nachzudenken“, zitierte ihn die „Märkische Oderzeitung“. Als offiziellen Rückzug der Bewerbung wollte Pilat dies aber nicht verstanden wissen. Er habe die Regierung in Warschau nur auf die starken Proteste in Deutschland aufmerksam gemacht, stellte er zwei Tage später klar. Gryfino sei weiter als AKW-Standort „im Gespräch“.

AKW Belene: Bulgarien droht mit Ausstieg

Der Finanzminister der bulgarischen Regierung hat öffentlich die Rentabilität des geplanten AKW Belene bezweifelt. Das AKW, das mit Unterstützung von RWE mitten im Erdbebengebiet errichtet werden soll, werde nicht vier, sondern zehn Milliarden Euro kosten und daher selbst mit privaten Investoren „nicht profitabel sein“. Die „Financial Times Deutschland“ schrieb, das Projekt stehe kurz vor dem Aus. Inzwischen droht Russland, das den Reaktor liefern sollte, unverhohlen mit dem Stopp von Gaslieferungen. Der RWE-Aufsichtsrat könnte das Engagement von RWE in Belene am 24. September zu Fall bringen.

Atomkraft treibt Strompreis in die Höhe

Längere Laufzeiten für AKW würden den Stromkonzernen Mehreinnahmen im dreistelligen Milliardenhöhe beschere. Das errechnete die Landebank Baden-Württemberg. Sie geht davon aus, dass die Strompreise bei längeren AKW-Laufzeiten weiter steigen. Erneuerbare Energien dagegen dämpfen die Preise schon heute. Das Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) bezifferte die Einsparungen allein durch Winstrom auf mehrere Milliarden Euro pro Jahr. Der Ausbau der Erneuerbaren würde durch längere AKW-Laufzeiten behindert, warnte das Wuppertal Institut.

Mehrheit will Abschalten

Drei Viertel (72 %) der Bevölkerung sind dafür, ältere Reaktoren sowie das AKW Krümmel sofort abzuschalten. Das ergab eine repräsentative Emnid-Umfrage im Auftrag von „Bild am Sonntag“ Ende Juli. Selbst 68 Prozent der CDU/CSU-AnhängerInnen unterstützten diese Ziele. Das ZDF-Politbarometer ermittelte zeitgleich: Nur 39 Prozent wollen den kompletten Atomausstieg länger als 2021 hinauszögern. 55 Prozent sprechen sich dafür aus, ihn wie beschlossen fortzuführen.

Gorleben: A-Moll statt A-Müll

In Konzertkleidung und mit Instrumenten kletterten am 8. August rund 60 MusikerInnen der Aktionsgruppe „Lebenslaute“ in Gorleben über die vier Meter hohe Mauer. Auf dem Gelände des Erkundungsbergwerkes protestierten sie mit einem Konzert – Motto: „A-Moll statt A-Müll“ – gegen die Pläne, den Salzstock zum Atommüllendlager zu machen. Der Zivile Ungehorsam nach Noten von Haydn und Bon Jovi war öffentlich angekündigt, fand aber einen Tag früher statt. So konnte die Polizei nicht den Takt angeben. www.lebenslaute.net

GAU-Gefahr durch Dämmmaterial

Losgelöstes Dämmmaterial droht im Falle eines Lecks im Reaktorkern die Notkühlsysteme der AKW zu blockieren. Die feinen Fasern verstopfen die Siebe am Reaktorboden, durch die Kühlwasser zurück in den Reaktorkern gepumpt wird. Bei größeren Sieben lagern sich die Fasern – noch schlimmer – in den Kühlkanälen direkt im Reaktorkern ab. Ohne Notkühlung droht die Kernschmelze. Jahrelange Versuche von Areva/Siemens, das Problem zu lösen, scheiterten. Im Dezember 2008 hielt die Reaktorsicherheitskommission fest, der Nachweis, dass das Problem sicher beherrscht werden könne, sei nicht erbracht. Für einen solchen Fall sieht das Atomgesetz die zwangsweise Stilllegung der Reaktoren vor. Dazu kam es bisher nicht – weil nicht nur einer, sondern alle AKW in Deutschland davon betroffen wären.

Atommüllkippe Asse hatte psychologische Funktion

Die Bundesregierung hat die Inbetriebnahme des maroden Salzbergwerks Asse II in den 60er-Jahren vornehmlich aus psychologischen Gründen forciert. Zu diesem Schluss kommt der Historiker Detlev Möller nach jahrelangem Aktenstudium. Bundesforschungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU) habe alle Erkenntnisse über die Gefährdung der Grube ignoriert, um der Atomindustrie zu zeigen, dass die Müllbeseitigung kein Problem sei. Die Verantwortlichen wussten demnach schon 1967, beim Start der Einlagerung von Atommüll, dass kein Raum der Grube trocken bleiben würde. Trotzdem erklärten sie die Asse 1968 offiziell zum Endlager für den bis 2000 anfallenden Strahlmüll. Kritik stempelten sie als „Atom-Psychose“ ab.



Kugelhaufenreaktor AVR, Jülich / www.ewn-gmbh.de

Frankreich gegen Endlager

40 Bürgermeister hatten sich gemeldet, als die französische Atommüll-Agentur (Andra) nach einem Standort für ein Endlager für schwachradioaktive Abfälle suchte – ähnlich derer, die in der Asse liegen und die in Schacht Konrad deponiert werden sollen. Die Gemeinden lockte die Aussicht auf Ausgleichszahlungen von bis zu zwei Millionen Euro im Jahr. Die Bevölkerung machte ihnen einen Strich durch die Rechnung. Nach zum Teil massiven Protesten widerriefen die Gemeinderäte ihre Zustimmung, manch Bürgermeister musste gar zurücktreten. Die Andra muss ihre Suche jetzt von vorn beginnen.

Grüne wollen Biblis zum 2. Mal stilllegen

Der hessische Grünen-Chef Tarek Al-Wazir versprach Ende August: Bekomme Schwarz-Gelb keine Mehrheit, werde Biblis A nicht mehr ans Netz gehen: „Am 27. September entscheiden die Menschen, ob Biblis A endgültig stillgelegt wird oder nicht.“ Vor der Bundestagswahl 1998 versprach Joschka Fischer, „dass eine der ersten Amtshandlungen einer neuen Bundesregierung die Aufhebung der bestehenden Weisungen an die [damals rot-grüne] Landesregierung wäre, so dass die Stilllegung von Biblis (...) sofort verfügt werden kann.“ Fischer wurde damals dann Außenminister.



Corbicula fluminea / USGS/wikipedia

Nordrhein-Westfalen nur knapp der Katastrophe entgangen

Der Atomtechnik-Experte Rainer Moormann, ehemals Mitarbeiter des Kernforschungszentrums Jülich, hat enthüllt, dass Nordrhein-Westfalen 1978 womöglich nur knapp an einer Katastrophe vorbeigeschlittert ist. Im sogenannten Kugelhaufenreaktor AVR, dem Prototyp für den Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop, drang damals durch ein Leck im Dampferzeuger Kühlwasser in den Reaktorkern ein. Nur durch Zufall führte dies nicht

Pannreaktor Krümmel: An. Aus. An. Wieder aus.

Die schleswig-holsteinische Atomaufsicht hat das AKW Krümmel Mitte Juni nach zweijähriger Betriebspause trotz Sicherheitsbedenken wieder anfahren lassen. Das geht aus vertraulichen Unterlagen hervor, die der „Spiegel“ Mitte August zitierte. Auf Initiative von „ausgestrahlt“ hatten schon im Juni Tausende BürgerInnen bei SPD-Ministerin Gitta Trauernicht gegen die Wiederinbetriebnahme des Pannreaktors protestiert und dabei explizit auf Sicherheitsmängel hingewiesen. Die Realität gab ihnen recht: Drei Störfälle binnen 14 Tagen, zweimal musste das AKW heruntergefahren werden. Seit der Notabschaltung am

4. Juli liegt es wieder still – für vorerst unbestimmte Zeit. Ursache: ein Kurzschluss im Maschinentrafo, genau wie 2007.

Noch Mitte Juni hatte Vattenfall beteuert, der Reaktor sei „sicherheitstechnisch auf dem neuesten Stand“. Die Behörde verkündete, sie habe „mit größter Sorgfalt und umfassend die Beseitigung der Mängel überwacht“ und dabei „strengste Maßstäbe“ angesetzt. Tatsächlich waren noch nicht einmal die vorgeschriebenen Messgeräte installiert. Der TÜV Nord betonte im Nachhinein, er habe die Betriebstüchtigkeit des Trafos „nicht uneingeschränkt bestätigt“.

Atomkraftgegner mit harter Schale

Der jüngste Feind der Schweizer AKWs ist ein Winzling, eingeschleppt aus Fernost. Millionenfach liegt er im Rhein und vermehrt sich rasant. Seine Mini-Larven gelangen durch jeden Filter und verstopfen die Rohre – ein echtes Sicherheitsproblem für AKW. 50.000 Franken jährlich muss das AKW Leibstadt aufwenden, um Corbicula fluminea mit Hilfe von Hochdruckreinigern aus den Kühlwasserfassungen zu spülen. Den Siegeszug der Körbchenmuschel kann das nicht stoppen. In den USA musste 1980 bereits ein AKW den Betrieb einstellen, weil die Schalentiere das Löschwassersystem verstopften.



Protest am AKW Krümmel / www.contratatom.de

AKW Fessenheim:

Protest mit Picknick am 3.10.

Das älteste AKW Frankreichs steht im Elsass, keine 20 Kilometer von Freiburg entfernt. Im Oktober 2009 werden die beiden Reaktoren in Fessenheim für ihre dritte Zehnjahres-Inspektion stillgelegt. Deren Ergebnis soll entscheiden, ob das Uralt-AKW, das nicht gegen Erdbeben gesichert ist und im Sommer auch mal mit Rasesprengern auf dem Dach vor Überhitzung geschützt wird, endgültig stillgelegt werden muss oder weitere zehn Jahre laufen darf. Badische und elsässische Anti-Atom-Initiativen organisieren ein Aktionswochenende am 3./4. Oktober in Colmar. Höhepunkt ist die Demonstration am 3. Oktober mit Picknick und Konzerten auf dem Place Rapp (ab 12 Uhr). www.vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein



Lebenslaute in Gorleben / Timo Vogt, randbild

Das Koalitions-Orakel

Schwarz-gelber Atomausstieg? Grünes Endlager Gorleben? Nichts ist unmöglich!

Atomkraft abwählen? Das klingt einfach. Doch selbst wenn Schwarz-Gelb keine Mehrheit bekommt, regieren nach der Bundestagswahl Parteien zusammen, die beim Thema Atom entgegengesetzte Positionen vertreten. In den Koalitionsverhandlungen wird

daher das Gefeielsche losgehen. In allen Fällen sind dabei sowohl ziemlich schlechte als auch relativ gute Ergebnisse möglich. Wie sich die Koalitionäre entscheiden, hängt in erster Linie davon ab, wie stark der öffentliche Druck für einen echten Atomausstieg

Schwarz-Gelb

Längere AKW-Laufzeiten – damit sind CDU/CSU und FDP in den Wahlkampf gezogen. Der Ausstieg aus dem Ausstieg ist nur eine Formsache. Die Union, die Atomkraft noch für „unverzichtbar“ hält, könnte dafür sorgen, dass es dabei bleibt – indem sie den Vorrang für Erneuerbare Energien aushebelt, Verzeihung: das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das diesen Vorrang festlegt, „weiterentwickelt“. Merkel wie Westerwelle haben sich, allen dreisten Lügen bei der Standortwahl zum Trotz, für die Fortsetzung der Arbeiten im Salzstock Gorleben ausgesprochen: Offiziell wird ja bloß „erkundet“. Nach Fertigstellung kann man das riesige Bergwerk dann direkt als Endlager nutzen. Da kein anderer Standort ins Rennen kommt, ist schon klar, wer dieses „gewinnt“. Sowa nennt man Planungssicherheit.

➔ **Das andere Szenario geht so:** Zwei Drittel der Bevölkerung halten den Atomausstieg für richtig, der Hälfte davon geht er nicht schnell genug. Die Anti-Atom-Bewegung ist stark wie lange nicht mehr. Fast 300.000 Beschäftigte im Bereich Erneuerbare Energien bangen um ihre Jobs. Die einzige Branche, die trotz Krise wächst, zu gefährden und die Spitzenstellung auf einem boomenden Weltmarkt aufs Spiel zu setzen, darauf haben die WirtschaftsexpertInnen in CDU und FDP keine Lust. Sie wollen den Mittelstand stärken. Die Erneuerbaren bieten hierfür beste Voraussetzungen, AKWs sind hinderlich. Deswegen bleibt es beim Atomausstieg. Begründung für die Pro-Atom-Klientel: die mangelnde Bereitschaft der Atomkonzerne, ihre zusätzlichen Milliarden Gewinne durch längere Laufzeiten vollständig abzugeben.

nach den Wahlen weiterhin ist. Tragen wir unseren Teil dazu bei!



Große Koalition

Atomkraft ja oder nein? Schon vor vier Jahren ließ sich dieser Streit zwischen CDU und SPD nicht lösen. Das Patt sah so aus: Formal blieb es beim Atomausstieg, tatsächlich ging kein einziges AKW vom Netz. Das Modell hat an Attraktivität nicht verloren. Vier Varianten bieten sich an: 1. Die Fußnote im Atomgesetz zum AKW Mülheim-Kärlich wird aufgehoben. Die diesem nie richtig in Betrieb gegangenen Reaktor zugestandene Strommenge darf nicht mehr nur auf die in der Fußnote aufgezählten neueren AKW verteilt werden, sondern auf alle Reaktoren, denen die Abschaltung droht. 2. Eine regierunginterne Absprache erlaubt die Strommengen-Übertragung von neueren auf ältere Reaktoren. Auch so muss in den nächsten vier Jahren kein AKW vom Netz. Bei „geschickter“ Verteilung der Strommengen müssten alle AKW irgendwann sogar zum ungefähr gleichen Zeitpunkt abschalten. Dann wird die Atomlobby argumentieren, dies sei nun doch ein wenig abrupt. 3. Vattenfall legt sein Pannen-AKW Krümmel gegen bestimmte Vorteile „freiwillig“ still. Ein Erfolg, preist die SPD. Das freiwerdende Stromkontingent von Krümmel reicht aber aus, um alle sieben Uralt-AKW über die nächste Wahl zu retten. 4. Die SPD stimmt Laufzeitverlängerungen zu, dafür kommt ein Neubauverbot für AKW ins Grundgesetz. Letzteres ist ohne Relevanz: Schon in den vergangenen 30 Jahren wollte niemand mehr ein AKW in Deutschland bauen. In Sachen Endlagersuche gibt die Koalition einige Studien zu anderen Standorten in Auftrag, gleichzeitig lässt sie in Gorleben weiterbauen.

➔ **Andere Möglichkeit:** Angesichts der in immer größerem Umfang zutage tretenden Lügengeschichten zu Gorleben

aus der Kohl-Ära platzt Merkel der Krage. Wie einst beim CDU-Spendenskandal stellt sie sich öffentlich gegen ihren Ziehvater, in der Folge erklärt sie Gorleben als Endlagerstandort für „tot“ – ein Schulterschluss mit Gabriel. Sicherheits-PolitikerInnen von CDU und SPD verlangen wirksame Maßnahmen gegen Flugzeugabstürze. Alle älteren Reaktoren müssen daraufhin sofort vom Netz. Über Gnadenfristen für die etwas besser geschützten wird noch diskutiert.

Ampel-Koalition

Gorleben „tot“, Atomausstieg bleibt – SPD und Grüne wären sich einig. Doch sie brauchen die FDP. Die will Gorleben „zügig“ fertigbauen und längere Laufzeiten für AKW. Hoffungslos sind die Verhandlungen nicht. Denn selbst die Grünen streben vorerst nur an, „bis zu sieben AKW“ abzuschalten. Kein Problem also, wenn tatsächlich nur ganz wenige und auch die nur voraussichtlich vom Netz gehen – Hauptsache, man kann weiter sagen: „Es bleibt beim Atomausstieg.“ Die SPD verkauft selbst das Zugeständnis, dass Stromkontingente nun auch von neueren auf ältere Reaktoren übertragen werden dürfen (siehe Varianten 1-3 bei „Große Koalition“), als Erfolg: Schließlich steht die Abschaltung der letzten, also jüngsten AKW damit rechnerisch sogar früher an. Es gibt einige Studien zu anderen Endlager-Standorten, parallel dazu wird Gorleben weiter ausgebaut, offiziell „ergebnisoffen erkundet“. Gabriel darf es weiterhin als „tot“ bezeichnen.

➔ **Im Idealfall** dagegen schließt sich die FDP der Position ihres schleswig-holsteinischen Landesverbands an. Der hat schon lange erkannt, dass Erneuerbare Energien Arbeitsplätze schaffen und den Mittelstand stärken. Außerdem weiß er, dass der Offshore-Windstrom die Stromleitungen verstopft sind. Deswegen ist die FDP in Kiel für den Atomausstieg. Die Grünen setzen, im Schulterschluss mit der SPD, die schnellere Abschaltung der ältesten und unsichersten AKW durch – über eine generelle Verkürzung der Restlaufzeiten. Verbesserungen beim EEG beschleunigen den Ausbau der Erneuerbaren. Auch gegen eine steuerliche Gleichbehandlung von Uran mit anderen Brennstoffen hat

die FDP, die ja den Markt befürwortet, nichts einzuwenden. Eine neue Standort-suche für ein Atommüll-Endlager startet. Gorleben gehört nicht mehr dazu.

Jamaica oder Schwarz-Grün

Keine offizielle Laufzeitverlängerung für AKW – das ist die Bedingung der Grünen für ihre Mithilfe bei der Regierungsbildung. Allerdings sind ihnen auch andere Themen wichtig, weswegen sie durchaus Abstriche hinnehmen – etwa eine flexiblere Übertragung von Strommengen, auch von neueren auf ältere AKW.

durch Investitionen in Erneuerbare Energien, lokale Wertschöpfung durch energieautarke Regionen. Bedingung dafür ist Planungssicherheit und Verlässlichkeit in der Energiepolitik. Daher bleibt es bei den im „Atomkonsens“ vereinbarten Restlaufzeiten und Regeln.

Rot-Rot-Grün

In der SPD gewinnt die Großindustrie-Flügel die Oberhand. Er blockt die Beschleunigung des Atomausstiegs ab und alle Versuche, die Vergünstigungen für AKW zu streichen. Vattenfall legt Krüm-



Foto: Andeas Conradt / PubliXviewing

Favorisierte Variante dafür ist die „freiwillige“ Abschaltung von Krümmel – die können sie ihren WählerInnen als Erfolg verkaufen. Künftig ist für Atom das neue Energieministerium zuständig, geführt von FDP oder CDU. Das geplante Endlager in Gorleben wird „ergebnisoffen“ ausgebaut, andere Standorte pro forma gesucht, eine konkrete Vereinbarung zu einem Standortvergleich gibt es aber nicht. KritikerInnen in den eigenen Reihen verweisen die Grünen auf die 2015 auslaufenden Salz-Verträge in Gorleben, CDU/CSU vertrauen diesbezüglich auf Enteignungen. Wie schon unter Schröder ruft Trittin wieder dazu auf, nicht gegen Castor-Transporte zu demonstrieren.

➔ **In der fortschrittlichen Variante** von „Jamaica“ verbünden sich die Wirtschaftsförderer mit den KartellrechtsexpertInnen, die Landwirtschafts-SpezialistInnen mit den SozialpolitikerInnen und setzen eine Art „New Social Deal“ durch: Rentensicherung, Stärkung der kommunalen Finanzen und Arbeitsplätze

mel freiwillig still, um den drohenden Stempel „mangelnde Zuverlässigkeit“ abzuwenden. Die freiwerdenden Stromkontingente retten das Gros der Uralt-AKW über die nächste Wahl.

➔ **OptimistInnen betonen dagegen** die Einigkeit der Koalition beim Thema Atom. Der betrügerische Endlager-Bau in Gorleben wird zugeschüttet, die Restlaufzeiten verkürzt. Damit sind die sieben ältesten AKW binnen weniger Monate vom Netz. Für die verbleibenden zehn gelten fortan die vom Bundesverfassungsgericht schon seit 30 Jahren geforderten Sicherheitsmaßstäbe. Wegen langwieriger Klagen zieht sich das Aus jedoch noch ein paar Jahre hin. Die Milliarden-Rückstellungen der Stromkonzerne, nun verstaatlicht, investiert die Regierung in Erneuerbare Energien – eine arbeitsmarktwirksame und ertragreiche Geldanlage für die nächsten Jahre. Ein Platz zur möglichst sicheren Lagerung des Atommülls lässt sich sowieso erst finden, wenn das letzte AKW vom Netz ist.

Anzeige

bewegung
.taz.de

PLATTFORM FÜR VERÄNDERUNG

Die Bewegungsplattform ist Veranstaltungskalender und alternatives Adressbuch, Ideenschmiede und Aktionsportal zugleich. Und damit einzigartig in der deutschen Netzwelt. Doch alleine sind wir zu wenige: Wir brauchen aktive Menschen, Initiativen und Organisationen, die ihre Ideen und ihr Engagement vorstellen, die teilhaben und teilen, die mitmachen.



Foto: Christian Ditsch/version-foto.de

... und das war erst der Anfang

Mit mehr als 50.000 Menschen fand am 5. September in Berlin die größte Anti-AKW-Demonstration seit dem Tschernobyljahr 1986 statt. Sie war groß, kraftvoll, bunt und Generationen übergreifend. Der Demo vorausgegangen war der einwöchige Treck von Bauern aus dem Wendland, die anderen geplanten und tatsächlichen Atom Mülllagern einen Besuch abstatteten.

Wir brauchen hier nicht zu schreiben, wie wir es fanden, denn alle Zeitungs- und Fernsehberichte teilen unsere Einschätzung - die Botschaft ist dank aller TeilnehmerInnen angekommen! Auf drei Seiten wollen wir Euch einen Eindruck der Demo vermitteln und Kraft geben zum Weitermachen.

Denn darum geht es und darum ging es uns von .ausgestrahlt mit der Mobilisierung für die Demonstration: Jetzt ein Zeichen setzen und mit dem Schwung dafür sorgen, dass nach der Wahl endlich Atomkraftwerke abgeschaltet werden.



Foto: Stefan Diefenbach-Trommer



Foto: Günter Zint



Foto: Jakob Huber



Foto: Christian Ditsch/version-foto.de



Foto: Stefan Diefenbach-Trommer



Foto: Christian Ditsch/version-foto.de

Pressestimmen

Diese Bilder machen Spaß. Und sie sprechen Bände: 50.000 Menschen haben in Berlin gegen Atomkraft demonstriert - bunt, fröhlich und kreativ. Sie stehen, das beweisen Umfragen, für eine Mehrheit der Bundesbürger.

Hamburger Morgenpost

Die Proteste am Wochenende waren die größten seit 20 Jahren, Union und FDP haben offensichtlich unterschätzt, wie tief verwurzelt die Atomängste in der Bevölkerung sind.

Süddeutsche Zeitung

Dass Atomkraft sicher und beherrschbar ist, glaubt in Deutschland kaum noch jemand - außer natürlich den Energiekonzernen und ihren Freunden in den Wahlkampfzentralen von CDU und FDP.

Nordkurier

Die Anti-Atomkraftbewegung ist wieder da. So stark wie seit fast einem Vierteljahrhundert nicht mehr, Und so verjüngt, dass man kaum merkt, dass seit den ersten Bildern von einer Gorlebener Treckerkarawane schon 30 Jahre ins Land gegangen sind.

Frankfurter Rundschau

Dass ein Aufkündigen des Atomkonsenses gesellschaftliche Konflikte zurückbringen kann, hat die Demonstration jedenfalls eindrücklich gezeigt.

taz

Was vor 30 Jahren als Verhinderungskampagne in Wyhl, Wackersdorf, Kalkar und Brokdorf begann, das hat sich verstetigt, verfestigt, verjüngt. Die Anti-Kernkraft-Bewegung verkörpert eine Meinungsmacht, mit der zu rechnen ist.

Mitteldeutsche Zeitung

Die politische Spaltkraft der Nukleartechnik hat offenbar eine längere Halbwertszeit, als einige vermuteten. Dieses Potenzial ist weit größer als die Schar der Demonstranten. Es kann durchaus zur kritischen Masse werden.

Frankfurter Rundschau



Foto: Timo Vogt / Randbild

Das Erfrischende an dieser Anti-Atom-Demonstration war: Sie war Wahlkampf von unten. Mit Parteipräferenzen liebäugelnd, aber nicht an Parteiloyalitäten gebunden, stellten da einige zehntausend den Wahlkampf vom Kopf auf die Füße. Keine Parteien-Versprechen ans schweigende Stimmvolk. Umgekehrt: eine Wähler-Ansage an die Politik, womit sie rechnen muss nach dem 27. September. ... Aber jede künftige Regierung kann nun wissen, worauf sie sich einstellen muss, wenn sie die Atomlobby mit längeren Laufzeiten für ihre Meiler bedient.

Frankfurter Rundschau

Die VeranstalterInnen der Demonstration haben auf Distanz zu den Parteien geachtet. Strategisch ist das klug. Denn nur wenn die Bewegung nicht als Anhängsel einzelner Parteien wahrgenommen wird, kann sie ihre ganze Breite entfalten.

taz



Tausende DemonstrantInnen kamen mit Sonderzügen unter anderem aus Nordrhein-Westfalen, Uelzen und Lüneburg. 100 der 365 Trecker waren eine Woche lang unterwegs. Fotos: Karin Behr/PubliXviewing

Eindrücke von TeilnehmerInnen

"Mir stieg wirklich das Wasser in die Augen, einfach weil wirklich so viele Menschen da waren. Das macht Hoffnung auf mehr." **Thilo**

"Ich habe mich mit meinem 9-jährigen Sohn auf die lange Tour mit dem Zug gemacht, um endlich selbst einmal eine wegweisende Demo zum Thema Energie mitzuerleben. Und wir sind beide beseelt wieder zurück gefahren. Mein Sohn hat mit dieser Aktion seine Politisierung begonnen." **Steffen**

"Mein Autoplakat hat eine Kollegin motiviert, an der Demo mit ein paar anderen Leuten teilzunehmen, sie hatte von dem Termin vorher nichts gewusst. Unter den 50.000 habe ich sie dann auch noch getroffen. Auch schon ein kleiner Erfolg, finde ich." **Martina**

"Eigentlich bin ich eher der Typ, der Geld spendet, aber die Demo wollte ich unbedingt miterleben. Und sie hat mich schwer beeindruckt! Nun überlege ich mir, selber aktiv zu werden." **Jonathan**

"Und es war nicht nur eine Demo von uns Grauhaarigen, nein, auch die Jungen waren dabei! Unser regionaler Bus war voll. Nach einer längeren Pause war der Einstieg ins Thema total schnell geschafft, die alten Verbindungen wieder hergestellt - und was das Tollste an der örtlichen Mobilisierung war: Rücken- und Unterstützung gibt's von Menschen, von denen Du es nie erwartet hättest." **Ulrike**

"Mein schönstes Demo-Erlebnis war am Tag danach: die Nachbarn fragten, ob ich schon wieder unterwegs gewesen sei. Ich: klar, auf der Demo in Berlin. Kurzes Nachdenken, dann hob der Nachbar (Polizist!) zustimmend den Daumen!" **Jutta**

"Als ein Mensch, der seit den 1970er Jahren beim Antiatomprotest dabei ist, hat mich die große Resonanz des Themas tief erleichtert." **Richard**

"Die Demo hat mich ebenfalls tief bewegt und motiviert. Vor allem die Stimmung war toll. Und es verlief friedlich, wie es immer sein sollte - wenn man uns lässt." **Ulrich**

Anzeige

Arzt und Stromrebell
Dr. Michael Sladek

Atomkraft bleibt bleibt bleibt bleibt bleibt

Sauberer Strom-fairer Preis!

Atomkraft Lügen Lügen Lügen Lügen

Jetzt aussteigen! Wechseln Sie zu sauberem Anti-Atomstrom:

Jetzt können Sie Ihren persönlichen Atomausstieg sofort umsetzen: **Strom aus Erneuerbare Energien** und klimaschonender, kommunaler Kraft-Wärme-Kopplung - der schnellste Weg in eine atomstromfreie Zukunft. Die EWS sind **aus einer Bürgerinitiative entstanden** und haben ihr Stromnetz nach zehn Jahren und zwei Bürgerentscheiden freigekauft. Das Unternehmen gehört 650 Bürgerinnen und Bürgern. Heute versorgen die EWS **87.000 Stromkunden** und haben bereits rund **1.400 Ökokraftwerke in Bürgerhand** gefördert. Das Engagement der „Schönauer Stromrebell“ wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet: z.B. **Europäischer Solarpreis**, **Nuclear-Free-Future Award** und **Deutscher Gründerpreis**.



Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH
Fon: 07673 - 88 85 - 0
www.ews-schoenau.de

atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.



Ein Kalender mit den schönsten Bildern von Anti-Atom-Treck und -Demo erscheint Anfang Oktober. Du kannst ihn bereits jetzt bestellen (siehe Seite 15).

Die Mobilisierung zur Demo wurde unterstützt von:



Anstöße für soziale Bewegungen

Die Gorleben-Lügen

Für Atommüll ungeeignet – das war von Anfang an klar. Eine Bestandsaufnahme

Das Atommüll-Projekt

1977 bestimmte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) Gorleben zum Standort eines „Nuklearen Entsorgungszentrums“. Dafür vorgesehene Waldflächen waren zuvor Brandstiftungen zum Opfer gefallen. Die Wiederaufarbeitungsanlage scheiterte, gebaut wurden oberirdische Zwischenlager, die „Pilotkonditionierungsanlage“ zum endlagerechten Verpacken von Atommüll sowie das „Erkundungsbergwerk“.

Auf Salz gebaut

Die BRD legte sich in den 60er-Jahren auf eine Endlagerung in Salz fest. Mit ausschlaggebend war die Aussicht auf Fördermittel der EURATOM. International ist die Eignung von Salz als Endlager höchst umstritten: Das plastische Gestein (1) drückt die Lagerkammern zusammen, sodass die Behälter platzen, (2) steigt durch den Druck stetig nach oben, (3) ist extrem wasserlöslich und (4) zersetzt sich durch radioaktive Strahlung.

Rache an der DDR

Der in den 70ern mit der Endlagersuche beauftragte Geologe Prof. Dr. Gerd Lüttig berichtete nach seiner Pensionierung, warum Albrechts Wahl auf den Salzstock Gorleben fiel, der aus fachlicher Sicht nur „dritte Wahl“ war: aus Rache für das grenznahe DDR-Endlager Morsleben, das auch Niedersachsen zu verseuchen drohte – Motto: „Jetzt werden wir's denen mal zeigen!“

Die Gorlebener Rinne

Die Tonschicht über dem Gorlebener Salzstock durchschneidet ein mindestens 300 Meter tiefer, mit Geröll gefüllter eiszeitlicher Graben. Durch diesen fließt Grundwasser, das die Oberfläche des Salzstocks ständig ablaugt – jedes Jahr bis zu 12.000 Kubikmeter Salz. „Die zuständigen Fachleute waren entsetzt, als Albrecht sich auf Gorleben festlegte“, bekannte jetzt der Hydrogeologe Prof. Dr. Dieter Ortlam. Die Warnungen der Wissenschaftler rissen nicht ab. Der Geologe Prof. Dr. Klaus Duphorn etwa warnte 1982 vor „Bruchstö-

rungen [...] sowohl im Salzstock als auch im Deckgebirge“, die „als Wanderwege für Wasser und Lauge dienen können“. Radioaktive Stoffe könnten so ins Grundwasser gelangen. Die Behörden reagierten mit Druck: Duphorn solle sein negatives Votum revidieren.

Frisierte Gutachten

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) verfasste 1983, nach Auswertung der Tiefbohrungen, einen Zwischenbericht über Gorleben.

Die Abdeckung des Salzstocks sei nicht in der Lage, „Kontaminationen auf Dauer von der Biosphäre zurückzuhalten“, radioaktive Stoffe könnten bereits nach „600 beziehungsweise 1.100 Jahren“ ins Grundwasser gelangen, heißt es in der Urfassung. Selbst im Innern des Salzstocks fänden sich große Anhydritschichten (die Wasser enthalten oder als Wasserleiter fungieren können). Dann intervenierte die Bundesregierung: Die Zusammenfassung solle die „berechtigte Hoffnung“ betonen, „dass im Salzstock Gorleben ein Endlager für alle Arten von radioaktiven Abfällen“ eingerichtet werden könne. Die Warnung, dass Wasser und Lauge eindringen könnten, bittet sie „etwas weiter vom Zentrum der Betrachtung wegzurücken“. Außerdem solle ganz vorne ein positives Votum stehen. Die Endversion des Papiers beginnt: „Die bisherigen Erkenntnisse über den Salzstock haben die Aussagen über seine Eignungshöflichkeit für die Endlagerung [...] bestätigt.“ Selbst im Innern des Salzstocks fände sich viel Anhydrit (das Wasser enthalten oder als Wasserleiter fungieren kann).

„Erkundung“ oder Endlagerbau?

Hochrangige Beamte diskutierten 1980, wie man ein atomrechtliches Verfahren für den „Endlagerbau“ vermeiden könne. Ihre Idee: Den Salzstock offiziell nur zu „erkunden“ – dafür reicht Bergrecht. Das „Erkundungsbergwerk“ bekam allerdings endlagertaugliche Schächte mit 7,5 statt vier Meter Durchmesser. Die Kosten stiegen dadurch um bis zu 800 Millionen Euro.



Besetzung der Endlagerbaustelle, Mai 2009. Foto: Timo Vogt/randbild

Vorbild Asse

Jahrzehntelang galt das „Versuchsendlager“ Asse II offiziell als „Pilotprojekt“ für das geplante Endlager Gorleben. Dieselben Gutachter, die für Gorleben plädierten, attestierten auch der Asse Sicherheit für Jahrtausende. Erst seit die Zustände dort – Wassereinbruch, Einsturzgefahr, kontaminierte Lauge – öffentlich sind, wollen die Endlager-Fans von der „Pilotfunktion“ nichts mehr wissen.

Die Salzrechte

Einige Gorlebener traten – gegen Geld – ihre Salzrechte für den Bau des „Erkundungsbergwerkes“ ab. Die Pachtverträge laufen 2015 aus. Grund zur Hoffnung auf ein Aus der Endlagerpläne ist das nicht. Erstens können Verträge verlängert werden. Zweitens reicht eine Gesetzesänderung aus, um eine Enteignung zu ermöglichen.

Gorleben tot?

„Gorleben ist tot“ verkündet Sigmar Gabriel. Tatsächlich tat der SPD-Umweltminister alles, um ein Endlager Gorleben zu ermöglichen. Weil etwa die Forderung nach mehreren Barrieren (z.B. Salz und Ton) hier nicht erfüllbar ist, strich Gabriel sie aus den Sicherheitsanforderungen für Endlager. Als „sicher“ gilt ein Endlager demnach dann noch, wenn – eine Million Jahre lang – jeder tausendste Anwohner einen schwerwiegenden Gesundheitsschaden dadurch erleidet. Eine Atommüllkippe muss Gabriel zufolge also gar nicht dicht sein. *Armin Simon*

Jetzt den Druck weiter steigern!

Es geht weiter: Über echten Ausstieg entscheiden Koalitionsverhandlungen

Es wird nicht gelingen, jeden Samstag mit 50.000 Menschen durch das Regierungsviertel in Berlin zu ziehen - obwohl viele Menschen, die die Demo vom 5.9. verpasst haben, ihr Versäumnis gerne nachholen wollen. Um den

Druck auf die Parteien zu halten, die nach der Bundestagswahl am 27. September eine Regierung bilden wollen, starten die nächsten Aktionen, die zum Teil in Berlin stattfinden werden, aber auch in vielen anderen Städten.

Um aktuelle Details zu erfahren, informiere Dich im Internet auf www.ausgestrahlt.de und abonniere dort unseren Newsletter, damit wir Dich kurzfristig auf dem Laufenden halten können!

Wir belagern die Koalitionsverhandlungen in Berlin

Die Anti-AKW-Bewegung macht Druck, wenn Parteispitzen verhandeln

Wenn einige Tage nach der Bundestagswahl Koalitionsverhandlungen beginnen, wird die Anti-AKW-Bewegung präsent sein, wenn sich die Parteispitzen treffen: Wo immer eine Verhandlungsrunde stattfindet, wir sind vor Ort und machen Druck. Wir belagern die Koalitionäre.

Dazu wird .ausgestrahlt eine Ständige Vertretung der Anti-AKW-Bewegung in Berlin errichten. Wir organisieren Übernachtungsplätze für AktivistInnen, wir bieten

einen Treffpunkt, in dem Aktionen geplant und vorbereitet werden können.

Falls eine Partei von ihrem Ausstiegs-Versprechen abrückt, wenn Parteien tatsächlich Laufzeitverlängerungen auch nur in Erwägung ziehen oder hinter unklaren Formulierungen verstecken: Wir zeigen es auf.

Wann die Verhandlungen und damit die „Ständige Vertretung“ beginnen, hängt vom Wahlausgang ab und welche Vereinbarungen vorab in Sondierungsgesprächen

getroffen werden. Ort und Zeit der Verhandlungen stehen erst kurzfristig fest. Wenn Du bei der „Belagerung“ und den Aktionen in Berlin mitmachen willst, ob nur für einen halben Tag zur Unterstützung bei einer Aktion oder als Stütze für viele Tage, melde Dich schnell per E-Mail an mitmachen@ausgestrahlt.de. Schick uns bitte auch Deine Handynummer, wir werden für Berliner Aktionsinfos einen SMS-Verteiler einrichten.

Das längste Anti-AKW-Transparent der Welt Von Dir für Berlin

Eine Aktion für unsere Präsenz bei den Koalitionsverhandlungen steht schon fest: Mit dem längsten Anti-AKW-Transparent der Welt werden wir die Verhandlungen einwickeln.

Die einzelnen Teile kommen von Dir, Deinen FreundInnen, KollegInnen, Bekannten. So können sich alle an der Belagerung beteiligen, auch, wenn sie

nicht nach Berlin kommen können. Die einzelnen Stücke nähern wir vor Ort zusammen.

Du kannst mitmachen und alleine oder mit anderen ein Bettlaken oder anderen Stoff (Höhe ca. 1,40 Meter) bemalen, besprühen, bepinseln, bedrucken mit Deinen Forderungen. Zum Beispiel: „Atomkraftwerke abschalten!“

Das Transparent kann bunt und vielfältig sein. Mit Schattenrissen von Menschen, Unterschriften oder Handabdrücken kann es zeigen, dass viele Menschen hinter der Forderung stehen. Was nicht drauf sein sollte: Parteienlogos oder Parteienparolen, denn die Anti-AKW-Bewegung ist parteiunabhängig. Ein paar Ideen, wie und wo Dein Transparent entstehen kann:

- während eines Infostandes
- auf der Hinterhofparty
- in Deiner WG
- während der Mittagspause auf Arbeit
- in einer Freistunde

Zu Herstellung und Versand des Plakats kannst Du die örtliche Presse einladen. Das Transparent kannst Du zunächst bei Dir aufhängen, allerspätestens am 5. Oktober solltest Du es schicken an: Aktion Anti-Atom-Transparent

c/o Mehringhof Grundstücksverwaltung GmbH
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Die ersten Beiträge zum längsten Transparent wurden bereit während der Demo in Berlin hergestellt.
Foto: Stefan Diefenbach-Trommer



Warmlaufen für den Widerstand in Berlin und überall



Am ersten Tag der Koalitionsverhandlungen gibt es eine große Auftaktaktion - in Berlin und in möglichst vielen anderen Städten - wenn Du hilfst, sie zu organisieren.

Unsere Botschaft: Wer nicht endlich AKW stilllegt, bekommt Ärger. Denn wir laufen uns bereits warm für den Widerstand gegen den Weiterbetrieb der AKW.

Auf einer Strecke von etwa 1.000 Metern wird gerannt, gerollert, gehüpft, spaziert. Als Staffel oder alle auf einmal. Am Start heißt es: „Es geht wieder LOS!“. Unser Ziel heißt: „Atomausstieg“.

Melde Dich bei uns per E-Mail an mitmachen@ausgestrahlt.de, wenn Du ein Warmlaufen in Deiner Stadt organisieren willst. Unter www.ausgestrahlt.de und

per Newsletter informieren wir über die Orte. Bitte halte Dich auf dem Laufenden, weil erst sehr kurzfristig feststehen wird, wann genau die Koalitionsverhandlungen beginnen.

Das Warmlaufen organisiert .ausgestrahlt zusammen mit Campact und dem BUND.



Du bist nicht allein

Ob Du ein Warmlaufen in Deiner Stadt organisierst oder viele Transparente beisteuern willst - Du bist nicht allein, nutze Deine Anti-Atom-Freundschaften!

Hunderttausende haben sich in den vergangenen 40 Jahren aktiv gegen Atomkraft zur Wehr gesetzt. Mit unzähligen Demonstrationen, Diskussionen und Aktionen, in Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, Anti-Atom-Gruppen und in

Parteien. Viele davon waren jetzt in Berlin dabei oder wollen vor Ort aktiv werden.

Rufe alte und neue Anti-Atom-FreundInnen an. Nutze die Kontakte, die Du auf der Demo in Berlin knüpfen konntest, um Dich mit anderen aus Deiner Region zu vernetzen. Wenn Du Ansprechperson

für Deine Stadt oder Region sein willst, veröffentlichen wir gerne Deine Kontaktdaten oder schreiben per

Mail andere aus Deiner Region an. Melde Dich dazu bei info@ausgestrahlt.de. Dahin kannst Du auch Deine Aktionsberichte und Termine schicken. Mehr Ideen unter: www.anti-atom-freundInnen.de

Anti-Atom FreundInnen

Allein oder zusammen kannst Du auch dies tun:

Zieh den Atomkonzernen den Stecker. Deinen privaten Atomausstieg kannst Du in nur fünf Minuten erledigen und zu einem der vier empfohlenen Ökostrom-Anbieter wechseln. Oder überzeuge NachbarInnen, ArbeitgeberIn und FreundInnen. Mehr dazu: www.atomausstieg-selber-machen.de

Lass die Anti-Atom-Sonne aufgehen! Aufkleber, Anstecker, Fahnen - mehr dazu auf Seite 14.

Samle Unterschriften "Atomkraft abschalten". Schon mehr als 100.000 haben auf Initiative von .ausgestrahlt und campact „Atomkraft abschalten – Nein zum Ausstieg aus dem Ausstieg!“

gefordert. Bist Du schon dabei? Hast Du schon Unterschriften gesammelt? Bestelle mit dem Formular auf Seite 15 Listen, um selbst zu sammeln.

Informiere und argumentiere - zum Beispiel mit unseren Argumente-Broschüren (siehe Seite 14). Viele Leute werden eher durch einen Film angesprochen; eine Vorführung öffentlich oder im Freundeskreis regt zu Diskussionen an. Wir empfehlen dazu den Dokumentarfilm "Uranium - is it a Country?", der zeigt, wie schon der Abbau des AKW-Brennstoffs Uran die Umwelt zerstört. Mehr Informationen: www.nukingthecclimate.com



Anzeige

PACHNICKEdruck

pachnickedruck.de



Der Sonnenaufgang geht weiter

„Atomkraft? Nein Danke!“ und alles andere im Webhop auf www.ausgestrahlt.de



Am 5.9. ging die Sonne über Berlin auf und blieb dort eine ganze Weile kleben. Die Anti-Atom-Sonne mit der Parole „Atomkraft? Nein Danke!“ ist weder altbacken noch out. Sie klebte auf Laternenpfosten, Taschen und Backen, sie prangte auf T-Shirts und sehr sichtbar wehte sie auf tausenden Fahnen über den Köpfen der Menge.

Anti-Atom-Sonne

Anti-Atom-Fahne

Ein helles Gelb, darauf die rote Anti-Atom-Sonne: Diese Fahne schmückt jede Demo, jeden Balkon, das Fahrrad und den Vorgarten. Es gibt sie rechteckig, 90 Zentimeter breit (so wehte sie meistens in Berlin), und fast quadratisch mit einem Meter Breite.

Aufkleber und Buttons

Die lachende Anti-Atom-Sonne gibt es als Aufkleber in allen möglichen Größen auf stabiler, UV- und wasserbeständiger Folie: von einem halben Meter im Durchmesser für Haus- oder Autotür bis zu handlichen 5 Zentimetern. Die Anstecker gibt es in groß und klein. Wer viel bestellt, erhält bis zu 50 Prozent Rabatt - ab 25 Stück schon 30 Prozent.

Zum massenhaften Kleben besser geeignet sind die neuen Papieraufkleber. Auf einem A5-Bogen sind sechs Mini-Aufkleber, zwei mittlere (ca. 4,5 Zentimeter) und zwei große (neun Zentimeter). Ein Bogen kostet nur zehn Cent.

Und mehr ...

T-Shirts, eine extra große Fahne (1,40 x 1,20 Meter) und Fahrradwimpel wird es in den nächsten Wochen geben. Schau nach im Shop unter www.ausgestrahlt.de

Wandkalender 2010

Zwölf ausdrucksstarke Bilder von der großen Anti-AKW-Demo in Berlin und dem Trecker-Treck sind in diesem Wandkalender für 2010 vereint - jeden Monat eine Erinnerung und Ermunterung. Der Kalender hat A4-Querformat, ist spiralgebunden mit Aufhängung in der Mitte und auch prima zum Verschenken.



Du kannst die Sonne auch bei Dir aufgehen lassen - die Fahne im Garten oder als Gardine oder für die nächste Anti-AKW-Demo, den Aufkleber auf Briefkasten, Auto oder Fahrrad, den Button am Revers oder an der Tasche: Zeig Flagge! Sollte Dich jemand auf Dein Bekenntnis für atomstromfreie Energie ansprechen: unsere Broschüren liefern Dir gute Argumente.

Infomaterial

Argumente-Broschüren

Die Argumente-Broschüren zu verschiedenen Themen fassen Fakten und Bewertungen zusammen; kompakt, aber nicht zu knapp, jeweils auf 32 Seiten im A6-Format für die Hosentasche. Mengenrabatt ab 10 Exemplaren. Bisher erschienen:

- Uran: Der schmutzige Atom-Brennstoff
- Atomkraftwerke machen Kinder krank
- Atomenergie dient nicht dem Klimaschutz!
- Asse, Gorleben und andere Katastrophen (aktuell überarbeitete Auflage)



100 gute Gründe gegen Atomkraft



Es gibt viele gute Gründe gegen Atomkraft. Hier stehen die besten, kurz und knapp. Ein unverzichtbarer Helfer für alle Diskussionen. 68 Seiten im handlichen A6-Format für nur einen Euro (Mengenrabatt ab 10 Exemplaren). Herausgegeben von den Elektrizitätswerken Schönau (EWS) mit Unterstützung von .ausgestrahlt.

Infopaket

Je zehn Exemplare der vier Argumente-Broschüren zu Uranabbau, Atommüll, Leukämierisiko und Klimaschutz sowie der Broschüre „100 gute Gründe gegen Atomkraft“ im Paket für zusammen 18 Euro.

A4-Faltblatt „Glaubst Du das wirklich?“

Wer kennt sie nicht, die falschen Versprechungen der Atomlobby? Dieses Faltblatt widerlegt sie und macht Mut, die Energieversorgung in die eigene Hand zu nehmen. Gut zum Verteilen geeignet, Rabatte für große Mengen!



Herausgegeben von den IPPNW, Eurosolar und DNR mit Unterstützung von .ausgestrahlt.

Warnhinweise

Postkarten mit AKW und Warnhinweis. Etwa: „EnBW verursacht Krebs“ oder „E.ON in der Schwangerschaft schadet Ihrem Kind“. Stück: 20 Cent



.ausgestrahlt-Rundbrief

Du hältst ihn gerade in Deinen Händen. Mehr Exemplare zum Verteilen gibt es kostenlos.

Flugblatt „Warmlaufen, Belagern, Einwickeln“

Zum Mobilisieren für die Aktionen zu den Koalitionsverhandlungen. Siehe Seite 12.

Plakate mit unseren Forderungen an die Koalitions-Parteien drucken wir direkt nach der Wahl. Du kannst jetzt schon bestellen, ab Anfang Oktober liefern wir.

Post für .ausgestrahlt

Ausgefüllten Bogen bitte per Post an .ausgestrahlt, Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg oder per Fax an 040 - 2531 89 44 **NEU**

Vor- und Nachname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

E-Mail _____

Telefon (für Rückfragen) _____

• Bitte schickt mir künftig kostenlos:

- alle drei Monate diesen Rundbrief Z515
- alle drei Monate _____ Rundbriefe zum Auslegen Z515
- alle ein bis drei Wochen den E-Mail-Newsletter

• Bitte schickt mir jetzt kostenlos:

- _____ Mobilierungsflugblätter zu den nächsten Aktionen:
Das längste Transparent, Warmlaufen, Belagerung Z550 **NEU**
- _____ Plakate A2 zu den Koalitionsverhandlungen Z554 **NEU**
- _____ Plakate A3 zu den Koalitionsverhandlungen Z555 **NEU**
(Plakate werden Anfang Oktober versandt)

Wir verschicken kostenlos, trotzdem kosten Druck und Versand Geld. Wenn Du dafür spenden kannst, hilfst Du, dass alle ihr Material bekommen können!

• Bitte schickt mir gegen Rechnung*:

- _____ Kalender 2010 mit Fotos von Treck und Berlin-Demo (6 Euro) Z551 **NEU**
(wird Anfang Oktober versandt)
- _____ Unterschriftenlisten „Atomkraftwerke abschalten“
(nur Versandkosten) Z512
- _____ Exemplare dieses Rundbriefs (nur Versandkosten) Z515
- _____ Infostandpaket mit Broschüren, Fahne und Mobilisierungs-Flugblättern (50 Euro) Z545
- _____ Faltblatt "Glaubst Du das wirklich?"
50 St. 5,50 Euro, 500 St. 20,50 Euro, 2.000 St. 45,50 Euro Z524

*Die Bestellung wird von der Felix-Fechenbach-Kooperative ausgeführt. Versand: 4,50 Euro; Mengenrabatt für Aufkleber, Buttons, Broschüren. Mehr auf www.ausgestrahlt.de unter „Shop“

Ich will .ausgestrahlt unterstützen

- monatlich / vierteljährlich / halbjährlich / einmalig
- 5 Euro / 15 Euro / 30 Euro / 50 Euro / _____ Euro. (bitte ankreuzen/ausfüllen)



.ausgestrahlt soll diese Beträge von meinem Konto einziehen:

Konto-Nr.:

BLZ:

Bank: _____

Vorname, Name: _____

Straße und Hausnr.: _____

PLZ und Ort: _____

Telefon für Rückfragen: _____

Datum, Unterschrift: _____

Natürlich kannst Du auch selbst einen Dauerauftrag bei Deiner Bank einrichten. Für Sofortspenden gibt es umseitig ein Überweisungsformular oder auf www.ausgestrahlt.de die Möglichkeit zur Online-Spende. .ausgestrahlt ist gemeinnützig, Spenden können beim Finanzamt geltend gemacht werden. Wir verschicken Spendenbescheinigungen Anfang des nächsten Jahres.

Impressum

.ausgestrahlt
Normannenweg 17-21
20537 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto
.ausgestrahlt e.V.
Nr. 2009306400
BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank

Redaktion: Stefan Diefenbach-Trommer, Jochen Stay | Mitarbeit: Armin Simon | Layout: www.holgermueller.de | Druck: Pachnicke, Göttingen. Gedruckt auf Recycling-papier | Auflage: 23.000 | V.i.S.d.P.: Jochen Stay, Auf dem Berg 19, 29439 Jeetzel

Deutsche Post 
INFOPOST

.ausgestrahlt | Normannenweg 17-21 | 20537 Hamburg
Bei Unzustellbarkeit oder Umzug bitte Anschriftenberichtigungskarte an Absender.

Dein Beitrag zum Atomausstieg

Wir rufen immer wieder neu zu Spenden auf, da .ausgestrahlt nur so lange funktioniert, wie Du und andere UnterstützerInnen dies ermöglichen. Dies hat in den vergangenen Monaten wunderbar geklappt und dafür an dieser Stelle ein großes Dankeschön!

Diesmal sind es vor allem zwei Vorhaben, für die wir Deine Unterstützung brauchen:

1. Bitte ermögliche die Aktionen zu den Koalitionsverhandlungen!

Man sollte das Eisen schmieden, so lange es heiß ist. Und das Eisen Atomausstieg ist derzeit heiß wie schon lange nicht mehr: Die Skandale um Asse, Krümmel und Gorleben auf der einen Seite und eine Anti-Atom-Bewegung, die so stark ist, wie seit Jahrzehnten nicht mehr, eröffnen große Chancen. Die wollen wir gemeinsam mit Dir nutzen.

Ob weitere Atomkraftwerke vom Netz gehen oder nicht, entscheidet sich in erster Linie nicht bei, sondern nach der Wahl. Entsprechend groß wird in den kommenden Wochen hoffentlich das Engagement aller aktiven AtomkraftgegnerInnen sein. .ausgestrahlt steckt mitten in den Planungen für eine ganze Reihe von Aktionen. Dafür brauchen wir jetzt Deine finanzielle Unterstützung: Wir müssen in Berlin Räume anmieten, Aktionsmaterial anschaffen, erneut viel Geld in die Mobilisierung stecken und auch unser Team bezahlen, damit alles gut organisiert ist.

2. Bitte ermögliche, dass dieser Rundbrief weiter erscheinen kann!

Trotz Internet und E-Mail-Newsletter ist der gedruckte .ausgestrahlt-Rundbrief inzwischen, das wird uns immer wieder bestätigt, zu einer unerlässlichen Informations- und Motivationsquelle für viele

AtomkraftgegnerInnen geworden. Derzeit wächst der Kreis der Menschen stark an, denen wir den Rundbrief schicken. Das ist erfreulich, verursacht aber auch immense Kosten.

Uns ist es wichtig, den Rundbrief weiter kostenfrei an alle Interessierten schicken zu können. Das kann aber nur funktionieren, wenn die Kosten von denen gemeinsam getragen werden, die es sich leisten können. Derzeit decken die Spenden, die auf einen Rundbrief eingehen, nur etwa die Hälfte der dafür nötigen Ausgaben. Ein solches Defizit können wir auf Dauer nicht tragen. Am besten planen können wir, wenn wir regelmäßige Spenden per Einzugsermächtigung (auf der Innenseite dieses Blattes) oder Dauerauftrag bekommen. Für Deine Unterstützung sage ich schon heute:

Herzlichen Dank!
Jochen Stay (für das .ausgestrahlt-Team)

RB06